Zusammenfassung der Hauptanliegen

Vorschlag von HotellerieSuisse und GastroSuisse

Das Ziel der Vorlage ist zu begrüssen, die Ausführungsbestimmungen in Bezug auf die Beteiligung des Bundes an kantonalen Unterstützungsmassnahmen für Härtefälle festzulegen. Mit Blick auf Sinn und Zweck der Härtefalllösung – namentlich besonders stark von der Covid-19-Krise betroffene Unternehmen finanziell zu unterstützen – verfehlt der vorliegende Entwurf sein Ziel. Gerade jenen Unternehmen, welche am dringendsten auf eine solche Hilfe angewiesen wären, würde tendenziell deren Zugang erschwert. Darunter sind längst auch solche – wenn nicht die meisten – die vor der Krise finanziell gesund und überlebensfähig waren und sich nun unverschuldet in finanzieller Schieflage befinden. Um einer Konkurs- und Entlassungswelle im Gastgewerbe und Tourismus entgegenzuwirken, bedarf die Vorlage eine sofortige Umsetzung und Anpassungen insbesondere bei folgenden Punkten:

- **Definition von «profitablen und überlebensfähigen» Unternehmen:**
 - Das Jahr 2020 ist bei der Beurteilung, ob eine Überschuldung vorliegt, nicht zu berücksichtigen (Anpassung Art. 4 Abs. 2 Bst. a);
 - Keine mittelfristige Finanzplanung, sondern eine, welche zum Zeitpunkt der Gesucheinreichung glaubhaft aufzeigen kann, wie die Finanzierung des Unternehmens unter Annahme keiner weiteren behördlichen Einschränkungen gesichert werden kann (Anpassung Art. 4 Abs. 2 Bst. d).
- **Definition von Umsatzrückgang:**
 - Der Umsatz 2020 berechnet sich ausschliesslich über den Wert der verkauften Waren und erbrachten Dienstleistungen; erlassene Aufwendungen sind nicht dazuzuzählen (z. B. KAE, CEE, Mieterlass) (Anpassung Art. 5 Abs. 2).
- **Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen:**
 - Ein Unternehmen kann gleichzeitig mehrere Formen von Hilfen beanspruchen (Anpassung Art. 3);
 - Dabei gelten bei a-fond-perdu-Beiträgen flexible Höchstgrenzen (Anpassung Art. 8 Abs. 2). A-fond-perdu-Beiträge kommen prioritär zum Einsatz.
- **Flexible Beteiligung des Bundes an kantonalen Härtefallmassnahmen:**
 - Derzeit beträgt die maximale Summe für Härtefallmassnahmen 400 Millionen Franken – dies unter der Annahme, dass sich Bund und Kantone zu je der Hälfte daran beteiligen. Diese Gesamtsumme ist substantiell zu erhöhen (Anpassung Art. 14);
 - Weil gewisse Kantone nicht über die nötigen Mittel verfügen dürften, soll die Bundesbeteiligung je nach kantonalem Bedarf mehr als 50 % betragen (Anpassung Art. 17);
 - Letztlich müsste auch der Verteilungsschlüssel der Bundesgelder an die Kantone weitere Parameter miteinbeziehen (Anpassung Art. 15), damit die Kantone ihre Härtefälle so definieren können, damit sie den örtlichen Gegebenheiten genügend Rechnung tragen.